

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für Dezember ohne die Post
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 5. Dezember 1923

Nummer 106

Offizieller Abschluß des Lohnstreites

Der Reichsarbeitsminister.
IV A. 6124.

Berlin, den 30. November 1923.

Betrifft: Verbindlichkeitsklärung von zwei Schieds-
sprüchen für das Buchdruckergewerbe.

In der Streitsache

im deutschen Buchdruckergewerbe

werden die Schiedssprüche der vom Reichsarbeitsministerium
eingesetzten Schlichtungsausschüsse vom 23. November und vom
27. November 1923 gemäß §§ 25, 28 der Verordnung vom
12. Februar 1920 für verbindlich erklärt.

Des: Dr. Brauns
(Stempel Reichsarbeitsministerium).

Laut vorstehend abgedruckter Urkunde des Reichsarbeitsministeriums
ist der nahezu drei Wochen dauernde Kampf um die Lohngestaltung im
Buchdruckergewerbe zum Abschluß gekommen. Der Lohn für die Zeit vom
10. bis 16. November mit 25 Goldmark und vom 17. November bis
31. Dezember d. J. mit 27 Goldmark in der Spitze ist damit für die
Mitglieder der vertragsstehenden Parteien Gesetz geworden; die Mit-
glieder der vertragsstehenden Parteien, wodurch auch die außerhalb der Ver-
tragsparteien stehenden Prinzipale, Gehilfen und Hilfsarbeiter zur An-
erkennung dieser Schiedssprüche rechtlich verpflichtet werden, ist schon
beantragt. (Lohntabellen siehe Nr. 106 des „Korr.“)

Die lange Dauer der diesmaligen Lohnverhandlungen, die an die
Nerven und die Geduld untrer Vertreter die höchsten Anforderungen stell-
ten, war in erster Linie verursacht durch die im Prinzipalslager seit län-
gerer Zeit die Oberhand besitzenden unsocialen Konjunkturpolitiker, die
mangels jeder persönlichen Empfindung wirtschaftlicher Not nur nach
Schema F und weltfremden juristischen Dogmen die sozialen und wirt-
schaftlichen Grundlagen des Gewerbes unter rücksichtsloser Spekulation
auf die Not der Arbeiterschaft glauben formen zu können. Der Berliner
Streik und seine Bekehrungsaktionen war diesen Herren ein besonders
willkommener Anlaß, um in pharisäischer Weise auf dem Feuer eines
„Tarifbruchs“ ihr veralktes Südwagen zu lösen. Sie glaubten dadurch
freie Hand für völlige Tarifwillkür erhalten zu können und ver-
suchten mit allen Mitteln, sowohl die vom Reichsarbeitsministerium ein-
gesetzten Schlichtungsausschüsse wie auch das Reichsarbeitsministerium
selbst ihren arbeitserfeindlichen Tendenzen dienstbar zu machen.

Trotz alledem kamen sie nicht auf ihre Rechnung. Der „Tarifbruch“ wurde
von allen Instanzen nicht in der prinzipalsseitig gewünschten Form als
gegeben betrachtet, sondern als eine ungeklärte Sache von der Regelung
der Lohnfrage ausgeschlossen. Und mit kaum zu verbergendem Groll über
diesen Ausgang der Sache jammert die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 98
darüber, daß alle Vorstellungen der Prinzipalsvertreter gegen die Ver-
bindlichkeitsklärung nichts genützt haben. Selbst die durch die beiden letzten
Schiedssprüche vorgenommene Veränderung der Lohnabstufungen können
die Herren Juristen des DRB. nicht als Vorbeeren für ihre Rechts-
gesobtheit reklamieren, denn sie bedeuten nach der uns bekannt gewor-
denen Ansicht des Reichsarbeitsministeriums keine auf Tarifbruch
basierende Aufhebung oder Abänderung des Manteltarifs, sondern eine
mit der Frage der Goldlohn einföhrung zusammenhängende Lohn-
regulierung nach allgemeinen Richtlinien für die neueren Schiedssprüche
überhaupt.

Abschließend möchten wir nur soviel sagen, daß die diesmalige lange
Dauer der Unfriede auf dem Lohngebiete dem gesamten Gewerbe
sehr schadet hat. Die Lust und Liebe zur Arbeit hat bei allen Ge-
hilfen und Hilfsarbeitern im ganzen Gewerbe noch mehr als bisher
fruchtbarer Boden verloren. Und nicht wenige Prinzipale haben in
Erkenntnis dieser Schädigung des Produktionsprozesses durch ihre
Juristenautomaten deren „Theater“ verurteilt und aus eigenem Ent-
schluß den Inhalt der beiden letzten Schiedssprüche schon anerkannt, als
ihre Vertreter vor dem Reichsarbeitsministerium für ihr Ansehen noch
einmal „immergrüne Ästchen“ zu retten suchten. Daß auch dies nicht ge-
lungen ist, bekräftigen wir im Interesse des gewerblichen Friedens und
hoffen, daß die fernere Entwicklung der Dinge den destruktiven Repara-
tionskoller im Deutschen Buchdrucker-Verein noch mehr dämpfen wird!

Reichspolitik und Arbeiterschaft

Am 23. November ist das dritte Kabinett Stresemann in die Grube
gefahren. Als am 18. August d. J. die große Koalition von Stresemann
bis Disserding zur Lausache wurde, ging ein allgemeines Aufatmen durch
Deutschland. Das vom 22. November 1922 bis zum 11. August 1923
nach schwerindustriellem Diktat regierende Kabinett Cuno hatte durch
seine Ruhrwirtschaft total abgewirtschaftet. Gerade weil es an der
Seine der Ruhrindustriellen ging, war die ungelieferte Verurteilung des
von den Wirtschafts- und Finanzverwesern Beder und Hermes anae-
richteten Salates am so auffallender.

Leider hatte auch die Sozialdemokratie zu lange gezögert, sich der
inneren Entwicklung der Ruhraktion entgegenzustellen. Man sah un-
verwandt auf den Raubwüterich Poincaré. Man hoffte von England, daß
es die schlimmen Dinge noch zum Guten wenden werde, und hatte
schließlich auch einige Hoffnung auf Hilfe durch das internationale
Proletariat; an Protestreden und -entschliefungen war ja kein Mangel.
Jedenfalls hatte die rein bürgerliche Regierung Cuno gründlich ver-
sagt. Der Ruhrkrieg war in die Länge gezogen wie schon der ebenfalls
sehr ungleiche Weltkrieg, und Deutschland hatte nur eine neue
Kiederlage auf sich zu nehmen. Das vorausgegangene Erfüllungs-
kabinett des Zentrumsmanes Wirth (10. Mai 1921 bis 14. November
1922), ein Gebilde der kleinen Koalition, war in seiner Zusamen-
setzung mit Sozialdemokraten trotz der großen äußeren Schwierigkeiten
eine noch erfolgreiche Periode. Die deutschen Raubgötter lobten gegen
Wirth wegen seiner verstandesgemäßen Haltung gegenüber Frankreich
und auch wegen der von ihm angestrebten großen Koalition aber
schon demachen, daß er zweimal zurücktrat, zweimal jedoch neu be-
stätigt wurde. Die Arbeiterschaft konnte mit der Wirths-Regierung im
allgemeinen zufrieden sein; die USF. übte jedenfalls in weitestem Maße
wohlwollende Neutralität. Die Wirths vorausgegangene Regierung
Fehrenbach (21. Juni 1920 bis 4. Mai 1921) war rein bürgerlich unter
Zentrumsführung und hatte infolge ihrer Zusammenführung eine wenig
glückliche Hand. Vordem gab es sozialdemokratische Regierungen: Her-
mann Müller (März 1920 bis Juni 1920), Bauer (Juni 1919 bis März
1920), Scheidemann (Februar 1919 bis Juni 1919). Diesen gingen die
aus den damaligen zwei sozialdemokratischen Parteien sich zusamen-
setzenden Volksbeauftragten voraus, die von der Revolution 1918 an
bis zum 11. Februar 1919 regierten. Wir haben also in Deutschland
seit den Novembertagen 1918 vier sozialdemokratische und zwei rein
bürgerliche Regierungen gehabt, ferner eine Regierung der kleinen und
eine der großen Koalition. Das ist ein großer Aufwand und zeugt
um so mehr von Unstetigkeit der politischen Verhältnisse, wenn man be-
denkt, daß der Gewaltmenschen Poincaré schon seit 12. Januar 1922 in
Frankreich am Ruder ist.

Stresemann nun, der an der Bildung der großen Koalition minde-
stens ebenso starken Anteil hat als Helmut v. Gerlach an der Kanler-
schaft Stresemanns, weil dieser unbedingt der Stern sein sollte, der
Deutschland zu neuem Leben führen würde, ist auch der Totengrüber
der großen Koalition geworden. Er hat Schindluder mit den vier sozial-
demokratischen Ministern und mit deren größter Reichstagsfraktion ge-
trieben, während doch in seiner glänzenden Stuttgarter Rede (2. Sep-
tember) an die bayerische Adresse die Warnung erging, die Reichsregie-
rung werde mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben lassen.
Stresemann war das beste Pferd aus dem bürgerlichen Stalle. Er hätte
in der Hand von feststehenden sozialdemokratischen Reitern trotz seiner
volksparteilichen Abstammung noch einen guten Spurt vorbringen
können, ist ja außenpolitisch auch nicht ohne Erfolg geblieben.

Am Innern hat er einen großen Scherenschnitt hinterlassen, auf den
die Industriepolitik und das mit dieser zusammengehörende Agrarpro-
letariat mit Gemutung blicken können. An die ihm auftragsgemäß er-
teilte Liquidation der Ruhrabwehr (21. September) ging er heran, wie
es der nur noch dünn pfefenden Konstitution Deutschlands entsprach.
Zugleich damit begannen aber auch die Kopf- und Quersprünge der
inneren Politik. Die Beschwörung der monarchistischen Koalition im
Reichspräsidenten durch Verhängung des Ausnahmezustandes im ganzen Reich
und mit dem unter Androhung der Reichstagsauflösung (wie es trifft!)

durchgedrückten Ermächtigungsgesetz war nicht nur der Anfang von Stresemanns Ende, sondern auch der Beginn einer Periode, die der Demokratie im Staate das Genick gebrochen hat. Die Diktaturwärmer von rechts sind schon ein ganz Teil auf ihre Rechnung gekommen, während die von links (Kommunisten) die Zehne bezahlen sollen. Daß diese Rechnung der deutschen Reichsgewaltspolitik nicht stimmen wird, kann man ohne Prophezei voraussetzen. Man hat ja des allgewaltigen Bismarcks Niederlage im Kulturkampf mit dem Zentrum und dann mit seinem langen Kriege gegen die Sozialdemokratie (Ausnahmegesetz) noch als Zeitgenosse erlebt. Diktatur hat schon früher als ein Verbrechen an der politischen Gerechtigkeit gegolten! Daß der Reichspräsident in der Sterbestunde Stresemanns als Reichskanzler gar den republikanischen Generalissimus als obersten Gewaltinhaber einsetzen konnte, bleibt ganz unfassbar. Im letzten Kriegesjahre hatte man die dem Staate erkrankenden Schäden durch die Ludendorff-Diktatur so gut erkannt, daß vielfach der Ruf nach Entmilitarisierung der Politik erklang. Ebert ist ein kluger Kopf und er verdient in seiner sehr schwierigen Position keineswegs die immer in Eiletempo kommenden Mißtrauensvoten — Leipzig, wo seine Parteigenossen für eine gegen das Arbeiterinteresse gerichtete kommunale Politik im wesentlichen Grade mitverantwortlich sind, stets voran —, aber was seit dem 17. September (Belagerungszustand) sich in Deutschland abgespielt hat, welche Rolle mit einem Male der sonst so im verborgenen lebenden und im Grunde ja auch überflüssigen Reichswehr zugekommen ist, und wie die Presse wieder einmal die bösen Zeiten Moskeler Verbotensucht durchmacht, und wie die unglückliche und eines großen Landes auch unwürdige §-48-Regierung zum Spott geworden ist, das sind denn doch Dinge, für die nicht allein der Reichskanzler verantwortlich gemacht werden kann, weil sie auch davon abhängt, ob der Reichspräsident dabei mitgeht.

Der deutschen Republik droht gewiß große Gefahr, jedenfalls aber doch nur da, wo man die nach dem Rathenau-Morde erlassenen Gesetze zum Schutze der Republik sofort in aller Form sabotiert hat. Ebert ist aber gegen Bayern immer nachgebend gewesen, und Stresemann hat seine großen Töne von Stuttgart trotz Aufgebot der Reichswehr durch eine den monarchistischen Reichswehrführern Hitler-Ludendorff einer- und Rahr-Losow andererseits sehr wohlgefällige komplette Ohnmacht ausgeglichen. Den unverantwortlichen und die bekannte Unzuverlässigkeit der Kommunisten von neuem bestätigenden großen Hamburger Putz hat jedoch die Polizei mit ihren Kräften bewältigt. Wie aber die republikanischen Stützpunkte Sachsen und Thüringen ausnahmsweise behandelt worden sind, das schließt das Bezarellen völlig aus. Die Verteidigungsreden von Stresemann und Geßler darüber im Reichstage waren so lendenlos und kamen bezeichnenderweise immer wieder auf die Kronzeugenschaft von denunzierenden Industriellen zurück, daß man genug hatte von dieser Tölpelredenspolitik. Die im sächsischen Landtage jetzt gehaltenen Anklagereden über die „Methoden“ bei der Wiederherstellung der „verfassungsgemäßen Zustände“ sind äußerst gravierend. Die drei sozialdemokratischen Reichsminister hätten ganz anders, wie es nach einer späten Rechtfertigungserklärung in der Presse noch geschehen ist, die „Aktionen“ gegen Sachsen und Thüringen verhindern müssen. Wir haben schon gleich nach dem 3. Oktober erklärt, die sozialdemokratische Fraktion hätte die ihr durch den aus der Deutschen Volkspartei kommenden Vorstoß aufgewungene Lage mit dem Austritt aus der Koalition beantwortet sollen. Aber Hilferding wurde geopfert, die Oberstimme in dem sozialdemokratischen Ministerquartett, weil er mit der Ankündigung einer „brutalen Steuerpolitik“ die Steuerhosen arg erschreckt hatte; schließlich ging er aber auch, sintermalen es den kritikbefähigten Schnellläufer in seiner Partei zu langsam ging mit der Währungsstillerdämmung und den Umdeutungen der Steuerhosen. Aus Bayern und norddeutschen Reaktionsvierteln kamen immer vermehrt die stumpfsinnigen Parolen gegen den Marxismus und gegen die marxistisch verlesene Reichsregierung. Die nach der Diktatur der Wirtschaft lehrenden, offiziell am 6. Oktober abgebliebenen Verkländer des in Deutschland ja nun staatsrechtlich gewordenen Grundgesetzes „Freie Bahn dem Profit“ machten sich die Konjunktur des Ermächtigungsgesetzes immer stärker zu Nutze. In Halle a. d. S. dann, am 11. November auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei, holte sich Stresemann das erste Wohlverhaltenszeugnis seiner Parteigenossen wieder, indem er, seine sozialdemokratischen Regierungsmittelgeber stark bloßstellend, sich aber als starken Mann aufspielend, erklärte:

„Wenn hat das Kabinett, das meinen Namen trägt, in seinen Maßnahmen sich von marxistischem Geiste leiten lassen? Die militärische Besetzung einzelner Länder, die Absetzung kommunistischer Minister, die Aufhebung des Demobilisierungsgesetzes, die Einführung eines Arbeitszeitgesetzes — sind das Maßnahmen eines Kabinetts, die von marxistischem Geiste eingeleitet sind?“

Wenn bei der Berichterstattung nicht ein Fehler unterlaufen ist, dann hätte Stresemann bei Aufzählung seiner „Ruhmestaten“ den noch ausstehenden Beschluß über das Arbeitszeitgesetz gleich vorweggenommen.

Bei einer solchen Erfolgspolitik für die Partei der unverfälschten Klassenkämpfer konnte es denn ja auch nicht fehlen, daß Stresemann am 18. November vor dem großen Forum seiner Parteigenossen in Berlin ein glänzendes Vertrauensvotum erhielt. Nun wollte ihm niemand der eigenen Parteiführer wieder den Dolchstoß versetzen, um einen die Industriepolitik resoluter fördernden Kanzler zu bekommen. Im Reichstag aber, unter seinem nur leise tönenden Schwanengesang, der jedoch das Anerkennung enthielt: „Machtspolitik ist auch im Innern auf die Dauer unhaltbar, waren die deutschnationalen Gegner der Republik und die republikanischen Sozialdemokraten am 21. November seine festharrenden Totenräuber. Der „volkstümliche Laubfrosch“, wie Stresemann schon vor Jahren von berufenen Politikern genannt wurde, sah wieder ein-

mal unten. Gerlach in der „Welt am Montag“, der ihn monatelang allwöchentlich aus der Reichskanzlerkutsche gehoben hatte, setzte ihm schon in den letzten Lebensstunden seinen Leichstein: ein Talent, aber kein Charakter!

Was im Zirkus Deutschland aber alles geboten wird und möglich ist, hat die Woche des Kuhhandels wieder in erschreckendem Maße deutlich gemacht. Fünf Kanalarlandbieten wurden wie im Börsenspiel „notiert“, der sechste erst zeigte am 30. November stärkeres Begehren. Die neue Reichsregierung ist wenigstens dem Namen nach ebenfalls „marxistisch“ eingestellt, denn der neue Reichskanzler heißt Marx. Er ist der Zentrumsführer, höherer Jurist und hat keinen üblen Ruf. Aber die Regierung der Mitte, wie das neue, aus vier Parteien gebildete Minderheitskabinett zu verstehen ist, hat eine bunte Zusammenlegung. Daß Stresemann jetzt schon als Auslandsminister fungieren will, ist auch Geschmackssache von ihm. Die beiden Oberbürgermeister Jarres und Lutber aus Rheinland-Westfalen sind sehr schwer zu verdauen. Jarres, Stresemanns letzte Ministererwerbung, ist eigentlich deutschnational; das kann als Reichsinnenminister etwas werden! Lutber, der Finanzminister und vordem ebenso erfolglose Ernährungsminister, will mit dem § 48 der Reichsverfassung unparlamentarisch eine grobe Steuerreform durchbringen; da ihm die Lohnsteuer zu niedrig dünkt, hat man die Richtung dieser Steuerdiktatur im großen schon weg. Der Arbeitsminister hat ebenfalls die Absicht, ohne Reichstag die Wohnungs politik so umzustellen, daß die Hausbesitzer endlich aufrieden gestellt sein werden, das Reich aber in den Wohnungsmieten auch noch eine Schöpfquelle bekommt. Die Stresemannsche Wehrpflicht des Besitzes kündigt sich also an!

Die Deutschnationalen haben sich übermenschliche Anstrengungen geleistet und ihre „festesten“ Grundlätze opfern wollen, um in die Reichsregierung zu gelangen. Ihre Hauptbedingung: Beseitigung der großen Koalition in Preußen, Austreibung der „Marxisten“ auch hier, um das republikanisch sichere Preußen zu einem zweiten Bayern machen zu können, haben jedoch die Mittelparteien nicht erfüllen wollen. Abam Stegerwald, der zum großen Glück unterlegene Kanzlerpräsident der letzten Novemberwoche, ist der einzige Verfechter des deutschnationalen Anspruchs gewesen, wenn er ihn auch im Augenblick für nicht durchführbar erklärte, so lieh er doch dafür „an sich sachliche und politische Gründe sprechen“. Von dem christlichgewerkschaftlichen Oberhaupt ist das jedenfalls sehr viel! Also nun wieder mehr Linksrichtung in der Reichspolitik? Leider ist das nicht zu erwarten. Der neue, als Staatsanwalt aus dem Skandalösen Lendenprosech Treßdenbach bekannte Reichsjustizminister Emminger von der Bayerischen Volkspartei hat bereits ausgesprochen, daß seine Mission die Abrüstung des Reiches sein solle, was für die Arbeiterschaft in politischer wie in gewerkschaftlicher Beziehung als gefährdend angesehen werden muß. Wird aus dem starrmachenden Einfall des Reichsbanddirektoriums etwas, Helfferich an des verstorbenen Havenstein Stelle zu setzen, dann kann die von dem Währungsamtskommissar Schacht endlich in Angriff genommene, von Hilferding schon eingeleitete Sanierung der Währungskatastrophe durch die Reichsbank ja wieder in eine noch größere Wirtschaftskatastrophe verwandelt werden. Das bei der Vorstellung der neuen Regierung am 4. Dezember geforderte neue „Meine“ Ermächtigungsgesetz für „nur kurze Zeit“ ist aber vor allem ein Prüfstein, wohin die Fahrt gehen soll. Den Reichstag noch weiter auszuschalten als bisher und dafür die Diktatur umsofort herrschen zu lassen — sogar die Regierung soll nach Verlautbarungen von rechts auf ein engeres, beschließendes Kabinett von vier Mitgliedern mit Diktaturrecht beschränkt sein — muß abgelehnt werden! Die Erfahrungen mit dem Septemberermächtigungsgesetz haben doch gezeigt, daß alle darauf basierenden Maßnahmen sich zu neun Zehnten gegen die Arbeiter- und Anstellerschaft richten. Den Beamten jetzt mit dem Neunstundentage zu kommen, ist der aufreizende Vorgeschmack von weiteren Plänen. Der Achtstundentag hat jedoch am 1. Januar 1919 Gesetzeskraft erhalten und ist von der Nationalversammlung am 1. März 1919 nochmals bestätigt worden. Mit den Demobilisierungsbefristungen ist eine Schiebung gescheit durch das gewesene Ermächtigungsgesetz, der Achtstundentag aber gehört gar nicht zu den Demobilisierungsbefristungen; mögen auch die Macher der Industriepolitik dies noch so oft behaupten. Die Diktatur Sinnes wird in dieser Richtung jetzt sehr große Anstrengungen machen, so daß die Reichspolitik von Süden wie von Westen schweren Bedrängungen ausgesetzt sein wird. Von der Arbeiterschaft wird auch genug kommen; in erster Linie Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes.

Das bürgerliche Kabinett der Mitte mit seinem kaum 200 Abgeordneten zählenden Hintergrund von 459 wird also schwerlich bestehen können, denn die politische Vertretung der Arbeiterschaft darf da nicht kompromittiert werden. Wir haben schon zeitig im vergangenen Jahre gefordert, die große Dummheit vom 6. Juni 1920 durch einen besseren Reichstag wieder auszugleichen. Die dann so günstige Gelegenheit nach dem Rathenau-Mord ist leider verabsäumt worden. Die Ruhrbesetzung bereitete alsdann der politischen Reinigung Deutschlands größere Schwierigkeiten, wenn jetzt nun auch noch Bedenken bestehen — das „Korrespondenzblatt“ vom 1. Dezember äußert erhebliche —, so darf man sich doch nicht täuschen; gegenüber den allgemeinen Diktaturgefühlen und Verschleppungsattenden wird es nur keinen anderen Ausweg geben. Für Wahlparolen hat die Rechtsregierung seit Wirth doch außerordentlich gesorgt! Zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der deutschen Arbeiterschaft soll daher in einem späteren Artikel noch Spezielles folgen. Manches von dem hier Gesagten wird dann noch zu ergänzen sein.

